

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 28.— Mk., vierteljährlich 78.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telephon 720

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 5.— Mk., von auswärtig 7.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach def. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 15.— Mk., von auswärtig 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expeditor: Am Spandhaus 6. — Telephon 3200.

Nr. 157

Freitag, den 7. Juli 1922

13. Jahrgang

Koalitions-Schwierigkeiten in Deutschland

Die Deutsche Volkspartei Regierungspartei?

Zentrum und Demokraten haben Angst vor der republikanischen Courage bekommen. Die Bereitwilligkeit der Unabhängigen, sich auf den Boden der Demokratie zu stellen und auch in die Reichsregierung einzutreten, hätte eine starke republikanische Regierung geschaffen. Aber Demokraten und Zentrum, die sich noch eben stark gegen die Reaktion entristet hatten, fürchteten, daß durch den Beitritt der Unabhängigen der Einfluß der Arbeiterschaft in der Reichsregierung zu stark würde und wollen daher die Republik durch die monarchistische Deutsche Volkspartei schützen. Der Führer dieser Partei Stresemann hatte der Republik einige nichtisagende Nebenarten gewidmet und es so hingestellt, als ob treueste Anhänger der jetzigen Verfassung eigentlich die Reichsparteien sind.

Zentrum und Demokraten sind auf diesen nationalistischen Seiltanz hereingefallen und haben an die Deutsche Volkspartei die Einladung gerichtet, der Regierungskoalition beizutreten. Ihr Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Die Not der Stunde verlangt mehr denn je die Heranziehung aller, die zu tätiger Mitarbeit an dem Wiederaufbau des Staates auf dem Boden der heutigen Verhältnisse bereit sind. Der Mord an Rathenau hat den Abgrund gezeigt, an dem Deutschland steht. Zentrum und Demokraten wollen die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei nach den Ausföhrungen der völksparteilichen Redner im Reichstage für möglich halten.“

Von den in der Regierung zu vereinigenden Parteien müßte jede Agitation gegen die Verfassung der Republik, ihre Verwaltung und ihre Embleme verstanden werden und dem Staate müssen durch das Schutzgesetz die Machtmittel genöhrt werden, die er zu seiner Verteidigung bedarf. Ferner sind alle Verhältnisse der Regierung, die außenpolitischen Verhältnisse durch internationale Verhandlungen zu verbessern, zu unterstützen. Die Volkspartei wird um Klärung gebeten, ob sie bereit sei, sich auf dieser Grundlage an der Regierung zu beteiligen.“

Die Deutsche Volkspartei hat sich natürlich bereit erklärt, der Regierungskoalition beizutreten. „Kaiser, Kaiser“, läßt Goethe seinen Odh rufen: „Räuber beschützen keine Kinder!“ „Republik, Republik“, kann man jetzt sagen, „Monarchisten marschieren zu deinem Schutz auf!“

Der „Vorwärts“ schreibt zur augenblicklichen Lage: In maßgebenden Kreisen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sieht man diesem Schritt der ursprünglichen Koalitionsparteien äußerst pessimistisch gegenüber, zumal man sich klar darüber ist, daß ein Gesetz zum Schutze der Republik, wie es unter den augenblicklichen Verhältnissen notwendig sei, nur durch eine Einkommensmehrheit mit Einschluß der Unabhängigen erledigt werden könne. Die Republik kann nur durch eine republikanische Mehrheit die notwendigen Maßnahmen zu ihrem Schutz ergreifen. Das ist die Mehrheit, die aus Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen besteht. Gält die Opposition so fest zusammen, daß sie bei der entscheidenden Abstimmung mehr als ein Drittel der Stimmen erhält und das Gesetz zu Fall bringt, so müssen die Wähler gegen sie aufgerufen werden.

Den Wählern werden wir dann sagen, daß wir nicht Grausamkeit, nicht Unfreiheit, nicht Knebelung Andersdenkender verlangen, sondern nur Gerechtigkeit und nur jenes Maß von innerer Ruhe für unser gemartertes Volk und Land, ohne das ihre Wiedergenesung unmöglich ist. Das ist aber, angesichts der grauenhaften Zustände, in die wir geraten sind, ohne eine gewisse Härte unmöglich. Wir Sozialdemokraten wollen Menschlichkeit, Milde, unbeschränkte Freiheit der Meinungsäußerung für jedermann, gleiches Recht für alle! Aber wenn der Edelmut der Republik als Schwäche ausgelegt wird, die jede Verbrechensfreiheit bis zur Mörderfreiheit gestattet, dann muß die Republik eben zeigen, daß sie auch anders kann! Jetzt berufen sich diejenigen, die uns gehubelt und gebüttelt haben, auf unsere demokratischen Ideale. Wohl, wir geben sie nicht auf! Wir haben nur erkannt, daß wir durch eine Wiederkehr der Hindernisse hindurch müssen, um sie verwirklichen zu

können, und diejenigen, die jetzt an unser gutes Herz appellieren, sie waren es, die uns dazu gezwungen haben.

Republikaner, werdet hart!

Deutschnationale Provokation im Reichstag.

Der Reichstag hat Mittwoch mit der Beratung über den Gesetzesentwurf zum Schutze der Republik begonnen. Reichsminister des Innern Dr. Köster sagte: Das Gesetz zum Schutze der Republik ist uns bessere Mittel als bisher gegen die geheimen Organisationen. Als der Abgeordnete Cuno (D. Vp.) die Reise Hindenburgs durch Ostpreußen als politisch völlig harmlos schilderte, kam es zu Heifalskundgebungen der Tribünenbesucher. Auf Veranlassung der Kommunisten und Unabhängigen wurden die Personen, die sich daran beteiligt hatten, von der Tribüne entfernt. Auf die provozierende Behauptung des Abgeordneten Henkel (Dnall.), daß die Heimat dem Frontheer in den Rücken gefallen sei, setzte erneut ungeheurer Lärm bei der Linken ein. Der Präsident mußte die Sitzung auf einige Zeit unterbrechen. Als kurze Zeit darauf die Sitzung von dem Präsidenten wieder eröffnet wurde, verhinderten die linksstehenden Abgeordneten den Abgeordneten Henkel am Reden, so daß der Präsident die Sitzung schließen mußte.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde heute mit der Beratung des Gesetzesentwurfs zum Schutze der Republik begonnen. Es sind verschiedene Anträge gestellt worden. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Frage, ob ein Gesetz zum Schutze der Republik sofort notwendig sei, oder ob man vorläufig mit der Verordnungsregel auskommen könne. Für das letztere traten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ein. Nach Schluß der Aussprache wurde zur Durchberatung der verschiedenen Anträge eine Unterkommission eingesetzt. In der morgigen Sitzung des Rechtsausschusses soll dann sofort mit der Abstimmung begonnen werden.

Ein republikanisches Beamtendisziplinargesetz.

Der Reichsrat nahm mit 49 gegen 16 Stimmen dem Gesetzesentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik an. In dem Gesetzesentwurf wird festgesetzt, daß die Verletzung der Eidleistung auf die Republik die sofortige Entlassung der Beamten zur Folge habe, ohne daß den entlassenen Beamten irgendwelche finanziellen Ansprüche zustehen. Zur Durchführung des Gesetzes sollen die vorhandenen Disziplinargerichte verstärkt werden. Für gewisse schwere Fälle soll ein besonderer Disziplinartag eingerichtet werden, und zwar ein kleiner Disziplinartag als erste Instanz und ein großer als zweite Instanz. Für das Gesetz stimmten alle Staaten mit Ausnahme Bayerns sowie der Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Westfalen, der Rheinprovinz und Hessen-Nassau.

Sturmzeiten im Preußenparlament.

Im Preußischen Landtag kam es gestern bei Beratung der Anträge betreffend den Schutze der Republik zu großen Kämpfen. Als der deutschnationale Abgeordnete Herrmann eine persönliche Bemerkung über eine Zeitungsnotiz machen wollte, nachdem vorher ein Deutschnationaler das Gesetz als „Angstpolitik“ verhöhnt hatte, drangen die Abgeordneten der Linken auf ihn ein, um ihn am Sprechen zu verhindern. Es kam unter großem Lärm vor der Rednertribüne zu einem Handgemenge. Erst als Präsident Reinert seinen Sitz verlassen hatte, trat allmählich wieder Ruhe ein. Nach Wiedereröffnung der Plenar Sitzung verlas Präsident Reinert eine Erklärung, in der der Ältestenrat alle Parteien ermahnt, die Autorität des Präsidenten zu stärken, wenn es nicht unmöglich werden soll, die parlamentarische Tätigkeit weiter zu führen. Ein Vertagungsantrag des Ältestenrates wurde gegen die drei sozialistischen Parteien angenommen und die Sitzung geschlossen.

Kriegsschulddebatte in der französischen Kammer.

In der französischen Kammer kam es gestern zu einer großen Aussprache über die Kriegsschuldfrage.

Der kommunistische Abg. Marcel Cachin erklärte: Die französisch-englische Allianz von 1914 habe Frankreich Vorteile in Marokko und England solche in Ägypten eingetragen, also den Appetit der andern europäischen Staaten angeregt. Auf diese Kriegsgesfahren, die jeden Tag stärker geworden waren, habe Jaures hingewiesen. Cachin las einen Brief Ikwolskis aus dem Jahre 1912 vor, der besagt, daß man sich in Paris zu ründern beginnt, daß Rußland keine Vorbereitungen treffen, um auf die Vorbereitungen Österreichs gegenüber Serbien zu antworten. Frankreich habe also an den Krieg gedacht, als Rußland noch nicht daran gedacht habe. Cachin verlas auch einen Bericht des belgischen Gesandten in Paris vom Jahre 1914, in dem von der nationalistischen Politik Poincarés und Millerands gesprochen wird, die gefährlich sei. Cachin ging dann auf die Friedensversuche Kaiser Karls von Österreich von 1917 ein. Poincaré unterbrach ihn und sagte, er habe von diesem Schritt sofort Abstand Kenntnis gegeben. Auch am 5. April, sechs Tage nach dem Tode des Kaisers, habe er mit Orland gesprochen. Cachin erklärte darauf, daß Lloyd George die Friedensvorschläge für wichtig gehalten habe. In Frankreich aber habe man sie fallen gelassen.

Hierauf sagte Poincaré, wenn man den ehemaligen Präsidenten der Republik angreife und alle Regierungen, die um ihn waren, dann greift man Frankreich selbst an. Man könne das feststellen durch die Bösartigkeit der Saucampagne, die in Deutschland gegen diese Regierungen und gegen die Urheber des Versailleser Vertrages entfesselt wurde. Dieser Vertrag baue sich auf auf der Verantwortlichkeit für den Krieg und die beiden französischen Kammern haben einstimmig dieser Auffassung zugestimmt. Deutschland habe versucht, in England, in den Vereinigten Staaten und selbst in Frankreich dieselbe Campagne zu entfesseln, wie sie in Deutschland entfesselt worden sei, um seine Verantwortlichkeit auf andere abzuwälzen. Poincaré kam dann auf die Ereignisse von 1914 zu sprechen. Er erklärte, daß die französische Regierung so wenig an einen Krieg dachte, daß er, Poincaré, mit Viviani nach Rußland reiste und daß er mitten in der Ostsee erst die ersten Ereignisse erfuhr. Frankreich habe alles getan, um Europa und der Welt diese Katastrophe zu ersparen.

Neue Regierungskrise in Polen.

Mittwoch stellte sich im Sejm die neue polnische Regierung Skuwinski vor. Der Ministerpräsident Skuwinski führte in seiner Programmrede aus:

Die Regierung werde denselben Grundsätzen huldigen, die den Grundstein der Politik des letzten Kabinetts bildeten. Die eingegangenen Staatsverpflichtungen würden streng eingehalten werden. Auf das Bündnis mit Frankreich gestützt, werde die Regierung die Beziehungen zu Rumänien vertiefen und die Beziehungen zu der kleinen Entente und den baltischen Staaten zu stärken suchen und in Verfolgung ihrer Friedenspolitik werde die Regierung ein engeres wirtschaftliches Zusammenleben mit den andern Staaten anstreben. Auf die Finanzlage Polens übergehend, bemerkte der Ministerpräsident, daß die gegenwärtige Lage nicht günstig sei. Das im Vorschlag für 1922 vorgesehene Defizit von 182 Milliarden habe sich auf 400 Milliarden erhöht. Um übermäßiger Inflation entgegenzutreten, werde die Regierung zur Aufnahme einer Anleihe schreiten. Der neue Finanzminister sei mit der Ausarbeitung eines für eine längere Zeitdauer berechneten Finanzprogramms beschäftigt. Grundlage der Sanierung solle der Ausbau des bestehenden Steuersystems bilden. Bezüglich der inneren Politik sagte der Ministerpräsident: Der für die Neuwahlen angelegte Termin würde eingehalten werden.

Die neue Regierung fand im Sejm jedoch keine Mehrheit, da der konstitutionelle Klub zur Opposition der Rechten übergegangen ist. Als daher nach Schluß der Reden des Ministerpräsidenten die Linksparteien im Bewußtsein ihrer Schwäche eine Vertagung der Debatte beantragten, wurde dieser Antrag mit 105 gegen 169 Stimmen abgelehnt. Ein von den Reichsparteien beantragtes Mißtrauensvotum konnte nur dadurch aufgeschoben werden, daß die Linke durch Obstruktion die Abstimmung vertagte.

Nach dieser Sachlage ist das Kabinett kaum mehr zu retten. Als Nachfolger wird abermals ein Kompromißkandidat erwartet, und zwar hat vorläufig der ehemalige Postminister Steslowicz von den konstitutionellen die besten Aussichten.

